

"Der einfachste Weg ist, alle GewerkschaftsführerInnen umzubringen..."

In den letzten Wochen häuften sich die Berichte über die Arbeitskämpfe auf den Bananenfincas in der Region Izabal, an der Atlantikküste Guatemalas. Der momentane Höhepunkt wurde Mitte Oktober erreicht, als eine bürgerwehähnliche Gruppe die Gewerkschaftsführer der BananenarbeiterInnengewerkschaft gewaltsam zum Rücktritt zwang. Dies hat eine nationale und internationale Solidaritätswelle ausgelöst. Der nachfolgende Artikel zeigt auf, dass den Bananenmultis alle Mittel recht sind, um den Aufbau von Gewerkschaften zu verhindern. Er ist eine Chronik der Ereignisse der letzten einhalb Jahre. Der Artikel von Marlies Küpfer erscheint in der Dezemberausgabe der Zeitschrift *Correos de Centroamérica*.

Anfang Februar 1998 fing in den Bananenfincas in der Region von Izabal an der Atlantikküste Guatemalas ein Konflikt zwischen FincaarbeiterInnen und Fincabesitzern an, der sich zu einer langen Sache entwickeln sollte, gleichzeitig aber nicht der Erste seiner Art war. Die ArbeiterInnen der Fincas Alabama, Arizona, Mopa und Panorama verlangten bessere Arbeitsbedingungen und die juristische Anerkennung ihrer Gewerkschaft. Die Fincabesitzer reagierten darauf, indem sie zuerst die 22 Mitglieder des Komitees entliessen und in der Folge alle 400 ArbeiterInnen, mit der Ziel, den Versuch der ArbeiterInnen, sich zu organisieren, im Keim zu ersticken.

Um gegen die Entlassungen zu protestieren, besetzten die ArbeiterInnen die Fincas, worauf die Besitzer vom Staat deren Räumung verlangten. Ein erster Räumungsversuch im April 1998 kam nicht zur Ausführung, weil die 400 Polizisten sich 3000 ArbeiterInnen gegenübersehen, die nicht bereit waren, einfach zu gehen.

Die Inhaftierung zweier Gewerkschaftsführer der Gewerkschaft der BananenarbeiterInnen von Izabal (SITRABI) goss noch mehr Öl ins Feuer. Diese kamen am 27. April gegen eine Kaution von 20'000 Quetzales (ca. 2500 US-\$) wieder auf freien Fuss, während die Räumungsbefehle durch einen Rekurs, von SITRABI, vorläufig ausser Kraft gesetzt waren. Auf Druck linker Kongressmitglieder fing der Arbeitsminister Luís Felipe Linares Verhandlungen mit den Arbeitgebern und den Gewerkschaften an.

Nachdem am 28. April das Appellationsgericht den Räumungsbefehl für rechtskräftig erklärte, drohten die ArbeiterInnen, welche die betroffenen Fincas Mopa und Panorama besetzt hielten damit, dass beim Versuch, die Räumung durchzuführen, Blut fliessen werde. Sie seien entschlossen, sich ihr Recht auf gewerkschaftliche Organisation nicht nehmen zu lassen.

Am 4. Mai 1998 blockierten 5000, in zwölf Gewerkschaften organisierte BananenarbeiterInnen die Strasse zwischen *Puerto Barrios* und *Entre Rios*, um weiterhin ihrer Forderung nach Wiedereinstellung der Entlassenen und für gewerkschaft-

liche Organisation, Lohnerhöhung und bessere Lebensbedingungen Nachdruck zu verleihen.

UNSITRAGUA (ein nationaler Gewerkschaftszusammenschluss, in dem sehr viele Campesino-Gewerkschaften Mitglieder sind) teilte mit, dass ArbeiterInnen der Fincas Alabama und Panorama von Privathelikoptern aus beschossen und zwölf von ihnen verletzt worden waren.

Die besetzenden ArbeiterInnen zogen nach 24 Stunden ab, nachdem eine Kommission mit hohen Regierungsfunktionären, dem staatlichen Menschenrechtsbüro, den Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen gebildet worden war. An der ersten Sitzung dieser Kommission teilte der Menschenrechtsprokurator mit, dass Mitglieder des Menschenrechtsbüros auf einem Besichtigungsrundgang durch die Fincas von bewaffnetem Sicherheitspersonal bedroht worden waren. Beim Verlassen einer Sitzung ebendieser Kommission wurden zwei Gewerkschafter von SITRABI verhaftet, was tags darauf zu einem Streik auf dreizehn Fincas führte.

Mit den Besitzern einer Finca namens Panchoy konnte ausgehandelt werden, dass die entlassenen ArbeiterInnen wieder einstellt wurden und die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Am 10. und 11. Juni 1998 versuchten "Ordnungskräfte" die Finca Mopa zu räumen, mussten aber angesichts der Übermacht und Entschlossenheit der BesetzerInnen ihr Unterfangen wieder aufgeben. Ein von der oben erwähnten Kommission vorgelegter Vorschlag zur Beilegung der Konflikte wurde von den Fincabesitzern abgelehnt, u.a. mit der Begründung, es sei gar nicht möglich, die ArbeiterInnen wieder einzustellen, da diese die Plantagen so nachhaltig zerstört hätten, dass es Jahre dauern werde, bis darauf wieder produziert werden könne.

Die lateinamerikanische Koordination der BananenarbeiterInnengewerkschaften (CLSB) beschloss ihrerseits, die laufenden Arbeitskämpfe gegen die transnationale *Chiquita Brands* in Panama und Guatemala zu unterstützen.

Zur gleichen Zeit gab UNSITRAGUA bekannt, dass mehrere Männer, die von den Fincabesitzern angeheuert worden waren, "Kriegsausrüstung" (Gewehre, Granaten, Tränengaspetarden) auf die Fincas brachten und damit die Leute bedrohten und einschüchterten. Die ArbeiterInnen befürchteten einen brutalen Räumungsversuch von Seiten der Besitzer.

Im August bestätigte das Arbeitsgericht den in erster Instanz angefochtenen Entscheid, welcher den seit Februar andauernden Streik als illegal erklärte. Daraufhin kündigten die Fincabesitzer an, dass sie in den nächsten Tagen alle Angestellten, die den Streik unterstützten, entlassen würden.

Neben den lateinamerikanischen BanananarbeiterInnen-Gewerkschaften fingen jetzt auch Gewerkschaften in einigen europäischen Ländern an, sich öffentlich gegen die Politik der Bananmultis zu äussern. Der Auslöser dafür war das Auftauchen von paramilitärischen Gruppen sowohl auf den Fincas in Guatemala wie auch in Kolumbien.

Im November 1998 verwüstete der Hurrikan Mitch grosse Teile der Banananbauregionen Zentralamerikas. Ein Grossunternehmen wie *Chiquita Brands* oder *Del Monte Fresh Products* trifft eine solche Naturkatastrophe nicht auf dieselbe Weise wie die Kleinbauern. Grossunternehmen haben natürlich entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Das hindert sie aber keineswegs daran, die Situation als Vorwand zur Entlassung von tausenden von Angestellten zu benutzen.

Die *Corporación Bananera* z.B., eine Tochterfirma der *Standard Fruit Company* (Dole) entliess 600 ArbeiterInnen, was sie mit vom Mitch angerichteten Schäden begründete. Da die BananenplantagenarbeiterInnen aber nur eine Gruppe unter vielen Mitchgeschädigten waren, blieb es relativ still um ihr Schicksal.

In die Schlagzeilen gerieten sie erst wieder, als im März 1999 Schlag auf Schlag vier Gewerkschaftsführer verhaftet wurden, drei von ihnen von der Polizei, der vierte von der Privatpolizei der *Compañía Bananera SA* (COBSA, ebenfalls Dole). Dieses Vorgehen rief auf nationaler Ebene einige empörte Reaktionen verschiedener Volksorganisationen und für einmal auch der URNG hervor. UNSITRAGUA wies darauf hin, dass die weiteren, über 100 Haftbefehle gegen GewerkschafterInnen nur deshalb nicht ausgeführt würden, weil durch die internationale Kampagne Aufsehen erregt worden war und die hiesigen von ausländischen Gewerkschaften Unter-

stützung erhalten hatten.

Anfang Juni verkündeten die verschiedenen Bananenproduzenten, dass die Mitch-Wideraufbauprojekte erste Resultate zeigten. Der Arbeitsminister Linares verkündete seinerseits, das Projekt "Lebensmittel gegen Arbeit" werde während weiteren drei Monaten fortgesetzt. Das Ziel sei es, den ArbeiterInnen, die nach dem Mitch ohne Anstellung blieben, eine Überlebensebene zu geben. BANDEGUA (Del Monte) teilte mit, fast alle ihre Plantagen wieder in Betrieb nehmen zu können. COBSA (Dole) hingegen gab bekannt, aus Mangel an finanziellen Mitteln nur 300 von 1000 Hektaren sanieren zu können.

Die Gewerkschaftsseite betonte einmal mehr, dass die Bosse den Mitch ausnützten, um die Gewerkschaften zu zerstören und ihre Fincas ohne die Entlassenen wieder aufzubauen. Sie betonten ebenfalls, dass sie vom Staat keinerlei Hilfe bekommen hätten. Laut UNSITRAGUA dauert auf den acht Fincas im Besitz von Dole ein Arbeitstag von fünf Uhr morgens bis neun Uhr nachts.

Am 27. September dieses Jahres entliess BANDEGUA (Del Monte) 897 ArbeiterInnen dreier Fincas. Begründung: Die geringe Nachfrage nach Bananen auf dem Weltmarkt und die durch anhaltend starke Regenfälle verursachten Produktionsausfälle.

Die Gewerkschaft SITRABI hielt dem entgegen, dass die drei Fincas verkauft werden sollten, also sehr wohl produktiv seien. Am 2. Oktober streikten die 2000 ArbeiterInnen der anderen acht Del Monte- Fincas, während die Entlassenen vor dem Haus des möglichen zukünftigen Besitzers demonstrierten. Die breite Solidarität unter den ArbeiterInnen kam unter anderem deshalb zustande, weil die (noch) nicht direkt Betroffenen befürchteten, ihnen könne es ebenso ergehen, speziell weil alle Fincas durch den über die Ufer tretenden Fluss Motagua und die anhaltenden Regenfälle in Mitleidenschaft gezogen waren.

Und dann eskaliert die Situation noch mehr: Am 13. Oktober wurde bekannt, 22 Gewerkschaftsführer von SITRABI seien von der Bevölkerung von Morales dazu gezwungen worden, zurückzutreten. Das, weil ebendiese Bevölkerung nicht mitansehen könne, wie die Bananenproduktion gestoppt werde, da sie davon in Mitleidenschaft gezogen werde. Ihr Rücktritt war in der Nacht vor einer geplanten Strassenblockade am Eingang von Morales, erzwungen worden.

Der Arbeitsminister erklärte daraufhin, der erzwungene Rücktritt der Ge-

werkschafter sei nicht rechtskräftig, da nur die Vollversammlung der BanananarbeiterInnen oder ein Gerichtsscheid diesen aussprechen könne. Ebenfalls wurde bekannt, dass die Gewerkschafter mit dem Tod bedroht worden sind.

Erst in der darauffolgenden Woche, nachdem alle Gewerkschaftsführer und ihre Familien in der Hauptstadt eine sichere Zuflucht gefunden hatten, wurde bekannt, was in der Nacht vom 13. auf den 14. Oktober wirklich vor sich gegangen war:

An besagtem Abend kamen schätzungsweise 200 schwerbewaffnete Männer zum Gewerkschaftshaus, nahmen dort zwei Mitglieder des Exekutivkomitees fest, fuhren mit ihnen zum Haus des Generalsekretärs der Gewerkschaft, den sie, bevor sie ihn ins Auto verluden, verprügelten. Ebenso zwangen sie die Gewerkschafter dazu, die weiteren Mitglieder des Exekutivkomitees und andere Gewerkschaftsführer in das Gewerkschaftshaus zu rufen.

Einer der Gewerkschafter beschrieb den Hergang des Geschehens folgendermassen: "Der erste, der sprach, war der Präsident der lokalen Handelskammer, der mitteilte, BANDEGUA habe sie dahingehend informiert, dass das Unternehmen Guatemala verlassen werde, wenn die Demonstration vom 14. Oktober stattfinden würde. Er sagte uns, dies dürfe nicht geschehen, denn sonst würde Morales zu einer Geisterstadt, und deshalb müssten wir zurücktreten.

Dann sprach der Kommandant der Bewaffneten und erklärte, es gebe nur einen Weg, um das Problem zu lösen und

¡Fíjate!

Herausgeber:
Verein ¡Fíjate!
2502 Biel
PC- 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fíjate!
c/o Barbara Müller
Bözingenstrasse 33
2502 Biel
Tel. 032/341 90 80
E-Mail:
barbara@bam.links.ch
Jahresabo: 100,- Fr.
Auslandsabo: 120,- Fr.
Förderabo: ab 200,- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

der sei, alle Gewerkschaftsführer umzubringen. Er ordnete an, uns zu fotografieren, so dass wir jederzeit wiedererkannt werden könnten. Er zwang uns, über das Gemeinderadio die ArbeiterInnen aufrufen, am nächsten Tag nicht an der Demonstration teilzunehmen und den entlassenen ArbeiterInnen von Bobo anzuordnen, ihre Abfindung zu kassieren und von den Plantagen zu verschwinden."

Zwei der Gewerkschaftsführer wurden zur lokalen Radiostation mitgenommen und dort mit vorgehaltener Waffe dazu gezwungen, den ArbeiterInnen mitzuteilen, es sei eine Einigung mit BANDEGUA erreicht worden und es bestehe keine Notwendigkeit für die Demonstration.

In der Zwischenzeit hatten die Bewaffneten einen Juristen herbeigeschafft, der die Rücktritte der Gewerkschaftsführer notifizerte. Ebenso wurden sie gezwungen, ihre Arbeit bei BANDEGUA zu kündigen. Währenddessen wurden im Gewerkschaftshaus die Gewerkschaftsführer verspottet und gefilmt, während sie unter Zwang aussagen mussten, ihr Rücktritt sei freiwillig.

Um 2 Uhr morgens wurden sie mit dem Befehl, Morales zu verlassen und nie mehr wiederzukommen, freigelassen.

Noch ein interessantes Detail: Das Gewerkschaftshaus liegt nur ca. 400 m vom Polizeiposten entfernt, aber trotz dem Hin und Her von Fahrzeugen mit schwer bewaffneten Insassen und den Bewaffneten, die das Gewerkschafts-

haus umstellt hatten, mischte sich die Polizei zu keinem Zeitpunkt ein.

MINUGUA bezeichnet diese Vorkommnisse als die schlimmste Verletzung der Friedensverträge seit dem Mord an Bischof Gerardi. Die Gewerkschaftsführer und ihre Familien stehen zur Zeit unter dem Schutz von MINUGUA, sind aber auf der Suche nach einem Exilland, da sie davon ausgehen, dass die Leute, die sie bedroht haben, entsprechende Beziehungen haben, um sie überall in Guatemala aufspüren und umbringen zu können.

Am 25. Oktober fand im Sitz der Guatemaltekischen ArbeiterInnenunion UGT, eine Pressekonferenz statt, an der auch der Exekutivdirektor des "Projektes für ArbeiterInnensolidarität USA-Lateinamerika" teilnahm, um direkt über die Protestaktionen sowohl gegen *Del Monte Fresh Products* wie auch über das Verhalten der guatemaltekischen Regierung in dieser Geschichte zu informieren. Auch bei europäischen Organisationen riefen die Ereignisse Besorgnis und Proteste hervor.

Das Arbeitsministerium informierte in einem Inserat, dass sich, nachdem BANDEGUA die Entlassungen ausgesprochen hatte, SITRABI an das Ministerium gewandt habe, welches sogleich intervenierte und BANDEGUA darauf aufmerksam machte, dass die Entlassungen illegal seien. Die Gewerkschaft habe sich sehr kooperativ gezeigt, habe sogar die Möglichkeit eingebracht, dass die ArbeiterInnen selber die Fincas übernehmen und weiterführen könnten. Das Arbeitsministerium habe, als es von den

Protestaktionsabsichten der Gewerkschaft erfuhr, ihr von illegalen Aktionen abgeraten, was aber in keiner Weise das Vorgehen gegen diese rechtfertige.

BANDEGUA ihrerseits bezeugt in einem Inserat, überhaupt nichts mit den Geschehnissen in der Nacht des 13. Oktobers zu tun zu haben und schreibt, falls die Rücktritte der Gewerkschaftsführer gegen deren Willen gewesen seien, würde BANDEGUA diese Rücktritte nicht anerkennen.

Zum grossen Erstaunen der Schreiberin dieses Artikels bedauerte auch der CACIF (rechter Unternehmerverband) in einem Inserat die Vorkommnisse und rief Staat und Justiz dazu auf, die Schuldigen festzustellen und vor Gericht zu bringen.

Bis jetzt hat die guatemaltekische Regierung keine Schritte unternommen, um die Männer zu verhaften, welche die Gewerkschafter unter Waffenandrohung zum Rücktritt zwangen. Den Behörden sind die Namen von mindestens vierzig an der Aktion Beteiligten bekannt. Es könne jedoch nichts unternommen werden, solange keine offizielle Anzeige vorliege, hiess es. Die Gewerkschafter ihrerseits sind aber erst dann dazu bereit, eine Anzeige einzureichen, wenn ihnen und ihren Familien Schutz zugesichert wird.

Candido Noriega verurteilt

Guatemala, 13. November. Im dritten Anlauf wurde der ehemalige Militärkommissar Candido Noriega für schuldig erklärt und zu 220 Jahren Gefängnis unbedingt verurteilt. Bei den beiden vorangegangenen Gerichtsverhandlungen wurde er "mangels Beweisen" freigesprochen. Noriega werden insgesamt 155 Delikte vorgeworfen, unter anderem elf Morde, sieben Entführungen, sowie andere Vergehen im Zusammenhang mit dem Massaker von Tululché, Quiché, im Jahre 1982.

In ihrem Bericht bezeichnet die Wahrheitskommission (CEH) die Verbrechen Noriegas als Präzedenzfälle. Die Aufklärung der Fälle und die Verurteilung Noriegas wurde von nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen verschiedentlich gefordert.

Als Teil der Verhandlung wurde auf

der Finca Tululché der genaue Tathergang rekonstruiert und Exhumationen vorgenommen. Mit Hilfe von ÜbersetzerInnen machten die k'iche'-sprachigen ZeugInnen ihre Aussagen. Alle stimmten darin überein, dass Candido Noriega derjenige war, der die Befehle zur Ermordung von insgesamt 10 Personen gegeben hatte.

Das Urteil wurde von einem Gericht in Santa Cruz de Quiché gefällt. Von den verhängten 220 Jahren wird Noriega jedoch nur 30 Jahre absitzen müssen, was dem Höchstmass einer zu verbüßenden Strafe entspricht.

Der Prozess gegen den ebenfalls angeklagten, jedoch flüchtigen Juan Alesio Samayoa, welcher den gleichen Rang wie Noriega innehatte und an dem Massaker mitbeteiligt war, sowie gegen deren Vorgesetzte und weitere ZeugIn-

nen, wegen Meineides in vorangegangenen Prozessen, sind weiterhin hängig.

Die Verteidigerin Noriegas, Florida Alma Aguilar, wird das Urteil anfechten. Sie habe einen solchen Entscheid erwartet, die RichterInnen seien von der Gegenseite und verschiedenen Organisationen, welche sie nicht genauer benannte, unter Druck gesetzt worden.

Noriega, von seinen Sicherheitsleuten umgeben und eine kugelsichere Weste tragend, schien sichtlich verärgert und verweigerte gegenüber der Presse jeglichen Kommentar zu seiner Verurteilung.

Mynor Melgar, anklagender Anwalt und Vertreter des Zusammenschlusses der Ordensleute Guatemalas (CONFREGUA), äusserte sich zufrieden über das Urteil, welches seiner Meinung nach zu recht gefällt wurde.

Die Wahlen in Guatemala: Der grosse Sieger ist die FRG

der Stimmen auf sich vereinen können.

Bei einer für guatemalteckische Verhältnisse sehr hohen Stimmbeteiligung von 54%, gewinnt die Partei des Ex-Putschisten Efraín Ríos Montt fast alles: Die *Republikanische Front Guatemalas* stellt für die nächsten vier Jahre die Mehrheit im Kongress, die Mehrheit im PARLACEN (Zentralamerikanisches Parlament) und die Mehrheit der BürgermeisterInnen. Die Entscheidung darüber, ob die FRG auch den Präsidenten stellen wird, fällt erst in der zweiten Wahlrunde am 26. Dezember.

In dieser ersten Runde hat sie den Präsidentensitz mit 47,8% nur knapp verpasst (erforderlich sind 50% plus eine Stimme). Zweite Kraft ist die jetzige Regierungspartei des *nationalen Fortschritts* (PAN) mit 30,3% Stimmenanteil. Die linke *Allianz Neue Nation* (ANN), in der die Parteien URNG und DIA sowie die Gruppierung Unid zusammengeschlossen sind, erreichte überraschende 12%.

Die PAN hat für ihren Präsidentschaftskandidaten, den ehemaligen Bürgermeister der Hauptstadt, Oscar Berger, der zusammen mit der ehemaligen Erziehungsministerin Annabella Castro als Vizepräsidentschaftskandidatin antritt, nur gerade 30,3% der Stimmen erreicht und als "Trostpreis" mit Fritz García-Gallont den Bürgermeister der Hauptstadt gewonnen. Die Hauptstadt ist von allen Departementen der einzige Ort, wo die PAN für die Präsidentschaft eine Mehrheit der Stimmen erreicht hat. Gleichzeitig kursieren da aber auch Geschichten, die auf Ungereimtheiten hinweisen: Es wird behauptet, 300 Autobusse der Hauptstadt seien am Sonntagmorgen nicht in Betrieb gewesen, weil ihnen "jemand dies so befohlen habe." Die FRG nimmt das zum Anlass, die Wahlergebnisse in der Hauptstadt für ungültig zu erklären "weil eine grosse Anzahl SympathisantInnen der FRG nicht aus den Aussenquartieren an die Urnen gelangen konnten. Für die FRG ist klar, dass sie sonst sowohl den Bürgermeister der Hauptstadt gewonnen hätte wie überhaupt die Präsidentschaftswahlen schon in der ersten Runde. Eine Entscheidung zu diesen Klagen wird aber vom Obersten Wahlgericht (TSE) gefällt werden müssen.

Die ANN hat mehr Stimmen auf sich vereinen können, als aus den Umfragen hätte vermutet werden können. Verschiedene Analysen haben aber schon vorausgesagt, dass wohl gerade AnhängerInnen der ANN dies aus Furcht nicht öffentlich kundtun würden. Sie hat 12%

Zahlen, Zahlen...

Wie oben erwähnt, gewann die FRG überall mit Ausnahme der Hauptstadt. Und zwar ist frappant, dass der Abstand zum zweiten und dritten Platz überall ähnlich gross ist, ob dies nun in Ladino-Departementen sei wie z.B. in Zacapa, wo der Präsidentschaftskandidat Alfonso Portillo herkommt, (FRG 33'800, PAN 16'300, ANN 1'200) oder Escuintla (FRG 52'900, PAN 25'300, ANN 11'900) oder in Indígena-Departementen wie Totonicapán (FRG 26'100, PAN 13'000, ANN 8'700) oder Huehuetenango (FRG 55'700, PAN 27'200, ANN 16'400). Gerade auch in Departementen, die unter der Politik der verbrannten Erde von General Ríos Montt ganz speziell gelitten hatten, erzielt dieser sehr gute Resultate: Quiché (FRG 40'800, PAN 23'700, ANN 17'300), Alta Verapaz (FRG 50'000, PAN 21'300, ANN 20'500). Überall ist die FRG herausragende Siegerin. Wo überhaupt Unterschiede festzustellen sind, dann in der Tatsache, dass die ANN in gewissen Departementen der PAN fast den zweiten Rang abzulaufen vermag.

Im künftigen Kongress wird die FRG mit 64 Sitzen eine starke Mehrheit haben. Die PAN, bisher mit einem knappen Mehr im Kongress vertreten, erhält nur noch 37 Sitze, die ANN 9. Im Falle der ANN sind dies: Nineth Montenegro, Ricardo Rosales Roman, Alberto Mazariegos, Carlos Mejía, Adolfo Fernández, Gregorio Chay, Jorge Balseells, Alfonso Bauer Paiz sowie Pablo Ignacio Ceto. Je zwei Kongressabgeordnete stellt das Bündnis *Demokratische Union/Grüne Organisation*, die *Fortschrittliche Freiheitspartei* (PLP) und für die Christdemokraten (DCG) wird der ehemalige Präsident Vinicio Cerezo Einsitz nehmen. Die kleinen Parteien, FDNG, ARDE, AD, MLN, Arena und UCN werden keinen Sitz im Kongress bekommen und entsprechend dem guatemalteckischen Parteiengesetz keine Existenzberechtigung als Partei mehr haben. Es wird also im neuen Kongress nicht einmal durch eine Allianz PAN-ANN möglich sein, eine Abstimmung gegen die FRG zu gewinnen.

Die FRG hat bereits kundgetan, dass Ríos Montt, der als Kongressabgeordneter gewählt wurde, zum ersten Kongresspräsidenten gewählt werde. Niemand wird dies verhindern können. Genausowenig wird die FRG daran zu hindern sein, das Gesetz abzuändern, das es einem ehemaligen Putschisten verbietet, an den Präsidentschaftswahlen teil-

zunehmen und so wird dann in vier Jahren Ríos Montts langgehegter Wunsch in Erfüllung gehen, als Präsidentschaftskandidat an den Wahlen teilzunehmen.

Auch auf Gemeindeebene hat die FRG abgeräumt, im Gegensatz zum Kongress kommen da aber auch die kleineren Parteien mehr zum Zug. Immerhin 25 Gemeinden werden in nächster Zeit von sog. *Comite Civicos* regiert, lokalen BürgerInnenzusammenschlüssen, die nicht den selben Kriterien unterstellt sind wie die Parteien. Die FRG wird 147 BürgermeisterInnen stellen, die PAN 106 und die ANN 12. Die Parteien, die als solche verschwinden werden, stellen doch zusammen immerhin 26 BürgermeisterInnen, Asisclo Valladares' PLP, auf Landesebene vierte Kraft, wird vier stellen.

In welchen Gemeinden die einzelnen Parteien BürgermeisterInnenämter besetzen, war bis zum Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Wir hoffen, diese Daten im nächsten "¡fíjate!" veröffentlichten zu können.

Im Zentralamerikanischen Parlament PARLACEN besetzt die FRG 10 Sitze, die PAN 7, die ANN 2 und die PLP einen Sitz.

"Glückwünsche dem FRG und Guatemala mein Beileid"

So fängt der Kolumnist Pablo Rodas Martini in "El Periodico" seine Kolumne an. Er fährt weiter: "Das Volk konnte entscheiden und wählte die FRG und Alfonso Portillo, damit sie die nächsten 4 Jahre regieren. Mein Beileid ans guatemalteckische Volk, weil es sich nicht damit zufrieden gab, dem Präsidentschaftskandidaten der FRG seinen Triumph zu ermöglichen, sondern seiner Partei auch die Mehrheit in den Gemeinden gab und noch schlimmer, die Mehrheit im Kongress. ... Das Szenario in dieser neuen Konstellation ist eine Linke, die versuchen wird, ihre Basis zu erweitern, eine PAN, die versuchen wird, ihren Bürgermeister der Hauptstadt mit allen Ränken zu verteidigen, und eine FRG, die versuchen wird, in der Verwaltung der abtretenden PAN-Regierung herumzustöbern. Aber auch ein Unternehmensektor, der hoffen wird, dass keine "Dummheiten" in der Anwendung wirtschaftlicher Massnahmen gemacht werden. Die internationale Gemeinschaft wird aufmerksam auf die Einhaltung der Friedensverträge und sozialen Investitionen schauen und den Dialog mit der Zivilgesellschaft und der Opposition suchen. Man wird sehen müssen, ob nicht die Repression gegen die Feinde des *Efferegismus* und gegen MINUGUA anfangen wird."

Der Kolumnist der *Prensa Libre*, Sam Colop, schreibt: "Wie gut, dass es auf der Welt Menschen gibt, die es kümmern, ob ein Land von einer Person mit krimineller Vergangenheit regiert werden wird, denn es sieht so aus, als ob es diejenigen, über die er regieren wird, am wenigsten kümmert. Armes Land! Das heisst noch nicht, dass es besser gewesen wäre, die PAN zu wählen; aber es ist etwas dran, dass jedes Volk die Regierung hat, die es verdient; ich hingegen glaube nicht, dass Guatemala es verdient, mit der "Bande des Generals" in die Vergangenheit zurückzukehren."

Die Rede ist von Alfonso Portillo, zum zweiten Mal Präsidentschaftskandidat des FRG. Er hat im Laufe der Kampagne, als ihm dies vorgeworfen wurde, zugegeben, dass er vor 17 Jahren im Mexikanischen Bundesstaat Guerrero 2 Menschen umgebracht hat. Er wurde deswegen nie gerichtlich verfolgt. Er sagt, er habe in Notwehr gehandelt. Jedenfalls scheint diese Tat aus seiner Vergangenheit seiner Popularität keinen Abbruch getan zu haben.

Wählen "die Lämmer ihren Schlächter" selber?

Wie kam es zu diesen Resultaten? Wie ist es möglich, dass ein Volk bei einer für Guatemala stattlichen Stimmbeteiligung von 54% der Stimmberechtigten die Partei eines Putschisten aus der blutigsten Zeit des Bürgerkrieges an die Macht zurückwählt?

Da gibt es verschiedene Faktoren, die zusammenspielen:

-Ein Teil der Stimmen, die gegen die Regierungspartei wählten, sagen: Wir haben genug, so nicht mit uns! Sie haben genug von der neoliberalen Politik der PAN, den Privatisierungen der grossen Staatsbetriebe wie Post und Telefon, welche zu drastischen Preiserhöhungen geführt haben. Dazu kommt, dass der Gewinn des Verkaufs zu einem schönen Teil in die Taschen von PAN-Mitgliedern geflossen zu sein scheint. Die Hilfe, die nach dem Hurrikan Mitch nie bis zu den Geschädigten kam, ist ein anderes Beispiel dafür, was das Volk der Regierung vorzuwerfen hat.

- *La manita* (die Hand, wie wegen seinem Symbol die FRG im Volk genannt wird) steht für viele für eine Politik des Durchgreifens, die starke Hand, die die Geschicke des Volkes lenken und der steigenden Kriminalität ein Ende bereiten wird.

- Portillo ist ein Populist. Dazu kommt, dass er absolut keine Berührungängste hat. So macht es ihm- wenn ihm dies opportun erscheint- nichts aus, als Präsidentschaftskandidat einer rechten Partei am 20. Oktober, Jahrestag der Revolution von 1944 zu verkünden, er

werde als Präsident die Errungenschaften eben dieser Revolution hochhalten. Er als Ladino aus Zacapa schimpft gegen den Rassismus, die Diskriminierung der Indigenas, die Benachteiligung der "armen Bauern". "

-Nicht zu unterschätzen ist die effektive soziale Basis der FRG: Mehrheitlich Indigenas, die in den Zivilpatrouillen (PAC) organisiert waren, dort zu etwas Ansehen und Macht gelangt waren und diesen Zeiten nachtrauern. Die, die Angst davor haben, selber wie Kollegen von ihnen, vor Gericht zur Verantwortung gezogen zu werden für begangene Morde. Was kann sie besser schützen, als die Partei dessen an der Regierung, für den sie die Taten begangen haben? Die ganze Umerziehung der Leute, die in Modelldörfern angesiedelt wurden, der jüngeren Männer, die oft gegen ihren Willen in die Armee gesteckt wurden, war recht effizient gemacht und zeigt hier ihre Resultate.

-Es war sowohl nach der Veröffentlichung des REMHI-Berichtes "Nunca Mas" wie des Berichtes der Wahrheitskommission zu beobachten: Es gibt in der guatemalteckischen Gesellschaft breite Kreise, die nicht bereit sind zu glauben, was in der Vergangenheit geschehen ist. Sie behaupten lieber, sowohl die katholische Kirche wie die internationale Wahrheitskommission lügten, als die Augen für die Greuel zu öffnen, vor denen sie sie bis dahin erfolgreich verschlossen hatten. Die FRG mit dem Genozid-leugner Rios Montt an der Spitze, garantiert ihnen als einzige, dass sie "weilerschlafen" dürfen.

Ausblick auf den 26. Dezember, die 2. Wahlrunde.

Wie geht es jetzt weiter?

An einzelnen Vorkommnissen in Gemeinden, in denen nicht die FRG-KandidatInnen ins BürgermeisterInnenamt gewählt wurde, sondern der Kandidat/ die Kandidatin der PAN, kann man ablesen, wie gespannt die Situation ist. Ramiro De Leon Carpio als ehemals respektierter Menschenrechtsprokurator und nachher von 1993 bis 1995 Präsident, seit einem halben Jahr Mitglied der FRG, drohte den Beamten des Wahlgerichts "es könne Blut fliessen", wenn sie sich nicht beeilten, die "korrekten" Wahlergebnisse zu verkünden. Berger, Präsidentschaftskandidat der PAN, versicherte, bezogen auf die Kampagne zur zweiten Wahlrunde: "Jetzt fängt der Krieg an."

Alvaro Colom, Kandidat der ANN hat bereits mehrfach versichert, sie würden sich mit keiner der beiden rechten Parteien verbünden. Ihm gehe es jetzt darum, ein breites linkes Oppositionsbündnis zu schaffen. Sie würden ihren ParteigängerInnen gegenüber Stimmfrei-

gabe verkünden.

Asisclo Valladares (PLP) sprach sich bisher gleich aus. Die UCN hingegen hat Portillo jetzt schon ihre Unterstützung für die zweite Wahlrunde angeboten, bringt jedoch einen verschwindend kleinen Stimmenanteil mit sich.

Werden diejenigen, welche aus Protest gegen die aktuelle Regierung ihre Stimme der FRG gegeben haben, doch davor zurückschrecken, ihm die vollumfängliche Macht zu geben und im zweiten Wahlgang die PAN wählen? Werden die WählerInnen der ANN lieber die PAN wählen, um ein FRG-Machtmonopol zu verhindern. Sind viele von ihnen frustriert, weil sie an einen möglichen Sieg ihres Kandidaten geglaubt hatten und werden nicht mehr teilnehmen, oder geben sie sich mit den gewonnenen Kongresssitzen zufrieden?

Allgemein wird mit einer geringeren Stimmbeteiligung gerechnet, weil es der zweite Wahlgang ist und weil dieser während der Weihnachtsferien stattfindet.

331. Gemeinde ernannt

Guatemala, 13.November. Mit emotionsgeladenen Feierlichkeiten begingen die BürgerInnen der Ortschaft *La Tinta*, Panzós, Alta Verapaz, die Inkraftsetzung des Dekretes 42-99, welches das Dorf in den Status einer Gemeinde erhebt. *Santa Catalina La Tinta*, wie die neue Gemeinde heisst, erhöht damit die Anzahl der guatemalteckischen Gemeinden auf 331. *La Tinta* liegt 27 km vom Hauptort der Gemeinde Panzós entfernt. Oft mussten die EinwohnerInnen des Dorfes diesen Weg zu Fuss zurücklegen, wenn sie amtliche Angelegenheiten zu erledigen hatten, da die Strasse während der Regenzeit für Fahrzeuge unpassierbar ist.

Rund 600 Personen erwarteten die Bekanntgabe des Dekretes vor dem Kongressgebäude in der Hauptstadt. Seit über zwölf Jahren forderten die BewohnerInnen von *La Tinta* für das Dorf den Status einer Gemeinde. Eine der Anforderungen, um dies zu erlangen, ist, dass mindestens 10'000 Personen das Gemeindegebiet bewohnen und wird von *La Tinta* erfüllt.

Nachdem die genaue Gemeindegrenze festgelegt worden sind, werden Anfang nächstes Jahr die BürgermeisterInnenwahlen durchgeführt und die Gemeinderäte gewählt. Bis dahin wird eine interimistische Gemeindebehörde amten.

Zwischenfälle nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse

Guatemala, 16. November. Von der Hauptstadt bis in die kleinsten Gemeinden an der Pazifikküste, im Norden und Westen des Landes, haben die Wahlergebnisse zu tätlichen Auseinandersetzungen, Vorwürfen des Wahlbetruges und zur Forderung nach Annullierung der Ergebnisse geführt.

Die *Republikanische Front Guatemalas* (FRG) hat am 10. November beim Obersten Wahlgericht die Ergebnisse in der Hauptstadt angefochten und eine Wiederholung der Wahlen verlangt. Sie wirft der Regierungspartei vor, die BürgermeisterInnenwahlen manipuliert zu haben. Das Oberste Wahlgericht hat diesen Rekurs als unbegründet und nicht dem Wahlreglement entsprechend, abgelehnt. Im Moment ist noch ein zweiter, vom Generalsekretär Rios Montt persönlich eingereichter Rekurs offen.

Die Wahlbehörden des Departementes Escuintla hingegen, haben die Wahlen in Santa Lucía Cotzumalguapa und Puerto Itzapa als ungültig erklärt und eine Neuwahl angeordnet.

In Santa Lucía Cotzumalguapa haben über 500 Personen gegen die Wiederwahl des FRG-Bürgermeisters César Duarte protestiert und damit gedroht, das Bürgermeisteramt anzuzünden. Da ein Teil der Wahlzettel verbrannt wurde, war es unmöglich, eine zweite Stimmenauszahlung vorzunehmen und der Wahlvorgang muss wiederholt werden.

In Itzapa wurden sämtliche Stimmzettel gestohlen.

In Chuarrancho, einer Gemeinde des Departementes Guatemala, haben Mitglieder der FRG nach Bekanntgabe der Niederlage ihres Kandidaten sämtliche Wahlzettel zerstört. Gewonnen hat in dieser Gemeinde der Kandidat der PAN.

In der Gemeinde Purulhá, Baja Verapaz, wurde vom wiedergewählten PAN-Bürgermeister, Sebastián Castro García der sofortige Rücktritt gefordert. Ihm wird vorgeworfen, während der vergangenen Regierungsperiode Gelder veruntreut zu haben. BürgerInnen der umliegenden Dörfer errichteten am Eingang von Purulhá Strassenblockaden, bewarfen das Haus Castro Garcías mit Steinen und drohten damit, ihn zu lynchen. Castro García erhielt 26 Stimmen mehr als sein Konkurrent der FRG, Guillermo Ramos Palacios. Vor rund 5000 Personen, in Anwesenheit von MINUGUA und des Menschenrechtsprokurators, unterschrieb Castro García seinen Rücktritt, worauf sich die Menschenmenge beruhigte. Die Wahlbehörde akzeptierte jedoch den Rücktritt nicht. Zuerst müs-

se er sein Amt antreten, bevor er es wieder kündigen könne.

In Quezada, Jutiapa, haben Personen, die sich nicht einer Partei zugehörig erklärten, jedoch den Kandidaten der FRG unterstützen, das Bürgermeisteramt besetzt und sämtliches Mobiliar zerstört. Sie protestierten damit gegen die Wiederwahl des PAN-Kandidaten, Jaime Martínez, der ihrer Meinung nach nur durch Wahlbetrug wieder an die Macht gekommen ist. Martínez wird ausserdem vorgeworfen, die Statue einer Dorfheiligen gestohlen zu haben.

In Chiquimulilla, Santa Rosa, haben hunderte von Personen gegen die Wiederwahl des PAN-Bürgermeisters Mario de Jesús Melgar Arias protestiert und ebenfalls damit gedroht, das Bürgermeisteramt anzuzünden.

In Quetzaltenango, der zweitgrössten Stadt Guatemalas, wird die Wiederwahl des vom *Comité Civico Xel-Ju* aufgestellten Bürgermeisters Rigoberto Quemé Chay angefochten. Mit 11'507 Stimmen erhielt er lediglich 86 Stimmen mehr als sein Gegner von der FRG, Labrenti Cabrera, der sofort die Anfechtung des Ergebnisses verkündete.

Bei Bekanntgabe der Resultate versicherte die Präsidentin der zuständigen Wahlbehörde, Carolina Rodríguez de Robordelo, bei der Wahlkampagne des *Xel-Ju* sei es nicht mit rechten Dingen zugegangen und hergegangen und fordert eine Neuwahl, zu der jedoch das *Comite Civico* nicht mehr zugelassen ist. Sie sei gerufen worden, um Zeugin davon zu sein, wie VertreterInnen des BürgerInnenkomitees von Haus zu Haus gegangen sei und den Leuten Geld für ihre Stimmabgabe für Quemé Chay angeboten habe. Sie selber sei dabei tätlich angegriffen worden.

Das BürgerInnenkomitee *Xel-Ju* seinerseits kritisiert, Rodríguez sei nicht in Begleitung eines Staatsanwaltes gewesen, der ihre Beobachtungen bestätigen könne und zweifelt an ihren Aussagen. Ausserdem wird ihr vorgeworfen, sie stehe der FRG nahe, und sei für diese Partei als mögliche Kandidatin für den Kongress zur Diskussion gestanden.

Quemé Chay selber streitet alle Vorwürfe ab. Es existierten keinerlei Beweise und er werde gerichtlich gegen Rodríguez vorgehen, da sie ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl in ein Privathaus eingedrungen sei.

Der Präsident des Kongresses und Mitglied der PAN, Leonel López Rodas, steht hinter Quemé Chay. Das Volk habe ihn ausgewählt und diese Wahl müsse akzeptiert werden. Ebenso sprechen ver-

schiedene VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen ihr Vertrauen in Quemé Chay aus. Unter ihnen befindet sich Rigoberta Menchú, die im Namen ihrer Stiftung sprach, Frank LaRue von der Menschenrechtsorganisation CALDH, Miguel Angel Albizures von der Aktion gegen Straffreiheit und andere. Die Entscheidung, ob es in Quetzaltenango zu Neuwahlen kommt, steht noch aus.

Die Koordination der Mayaorganisationen COPMAGUA, befürchtet, die Auseinandersetzung in Quetzaltenango könnte zu einem Konflikt zwischen Ladinis und Indigenas führen. Die Kampagne gegen Quemé Chay sei ein typisches Beispiel dafür, dass es gewisse rassistische Kreise gäbe, welche die Indigenas aus der Politik ausschliessen wollten.

Andere AnalytikerInnen warnen davor, den Auseinandersetzungen rund um den Wahlprozess eine ethnischen Dimension zu verleihen.

Vorfälle ähnlicher Art fanden auch in verschiedenen anderen Gemeinden statt. Interessant dabei ist, dass es fast immer um Streitereien zwischen der FRG und der PAN geht. Von verschiedenen BeobachterInnen werden diese Zusammenstösse auf die aggressive Stimmung während der Wahlkampagne zurückgeführt. Von den Leuten der Basis sei dies als Freibrief verstanden worden, diese Stimmung in Taten umzusetzen. Um solche Zwischenfälle in Zukunft vermeiden zu können, sei es nötig, das Wahlgesetz zu überarbeiten und einen Mechanismus einzuführen, mit dem Vorkommnisse dieser Art bestraft werden können.

Die beiden Kandidaten der zweiten Wahlrunde, Berger und Portillo, werden davor gewarnt, diesen Ton auch im weiteren Wahlkampf weiterzuführen. Da es jetzt nur noch um sie zwei gehe, werde es zu einer noch stärkeren Polarisierung innerhalb der Bevölkerung kommen, was vor allem in den Gemeinden zu einem Klima der Unsicherheit bis Unregierbarkeit führen könne. Aber auch die Bevölkerung wird dazu aufgerufen, die Ruhe zu bewahren und sich nicht provozieren zu lassen.

Das Oberste Wahlgericht bezeichnet die Wahlen vom vergangenen 7. November als die schwierigsten und gewalttätigsten der letzten Zeit. In den sechzehn Jahren, seit denen es diese Wahlbehörde nun schon gibt, sei es nie zu so vielen problematischen und gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen wie dieses Mal.